

(KW51)

## Aus der Fraktion

### **NRW-Koalition schnürt Millionenpaket im Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus**

Mit dem Haushalt für das Jahr 2020 hat die NRW-Koalition ihr „Regierungsprogramm in Zahlen“ vorgelegt. In der 3. Lesung des Haushalts kritisierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen vor allem die SPD scharf für ihre Vorschläge einer milliarden-schweren Neuverschuldung, rief zugleich die Fraktionen zum gemeinsamen Handeln auf, wo es unter Demokraten keinen Dissens geben dürfe: im Kampf gegen Rechts-extremismus und Antisemitismus. Dafür werden Polizei, Verfassungsschutz und die Antisemitismusbeauftragte des Landes auf Initiative der NRW-Koalition weiter gestärkt und finanziell unterstützt.

Bei mindestens einem Thema gibt es große Einigkeit unter den vier demokratischen Fraktionen dieses Landtages: In unserem Land Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für Antidemokraten, kein Platz für rechte und linke Extremisten, kein Platz für Antisemiten! Das ist möglich, wenn wir den demokratischen Institutionen den Rücken stärken. Deshalb war es den Fraktionen der NRW-Koalition wichtig, den Kampf gegen Rechtsextremismus mit zusätzlich einer Million Euro auszustatten. Dabei sind 500.000 Euro für zusätzliches Personal bei der Polizei, unter anderem für ein ‚Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum‘ vorgesehen, weitere 500.000 Euro, um die technischen Möglichkeiten des Verfassungsschutzes zur Erhebung von Informationen aus verschiedensten virtuellen Datenquellen zu verbessern.

Ein besonderes Anliegen der NRW-Koalition findet ebenfalls seinen Ausdruck in Haushaltsanträgen zu dieser dritten Lesung. „Judenhass darf in unserer offenen Gesellschaft keinen Platz haben – nicht heute, nicht morgen. Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus eint alle demokratischen Kräfte in Nordrhein-Westfalen.“ So lautete die gemeinsame Erklärung der Parteivorsitzenden von CDU, SPD, FDP und Grünen vor der Düsseldorfer Synagoge, um nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle/Saale ein Zeichen zu setzen.

CDU und FDP erhöhen mit Unterstützung der Fraktion B90/Die Grünen die Sachmittel für die Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung um 150.000 Euro und schaffen mit 130.000 Euro zwei zusätzliche Stellen. Ein deutliches Signal, dass wir Übergriffe auf Juden nicht hinnehmen werden, ein deutliches Signal, dass in unserem Land zu jeder Tages- und Nachtzeit Platz für die Kippa und ihre Träger sein muss!

### **Verantwortung übernehmen für mehr Klimaschutz**

Der Landtag hat am Donnerstag die Auswirkungen des Klimapakets der Bundesregierung auf Nordrhein-Westfalen diskutiert. CDU und FDP hatten dazu eine Aktuelle Stunde beantragt.

Wer Klimaschutz ernst meint, muss Verantwortung übernehmen. Mit flotten Sprüchen auf Freitagsdemos, plakativen Forderungen in Parteiprogrammen und täglich neuen Verbotsforderungen ist dabei nichts zu gewinnen. Gleiches gilt für die ebenso lautstarke Weigerung, sich der Wirklichkeit zu stellen. Deshalb ist es ein ermutigendes Zeichen, dass sich Bund und Länder gestern im Vermittlungsausschuss geeinigt haben. Sie haben Verantwortung übernommen. Alle Beteiligten haben sich zu größeren Anstrengungen Deutschlands beim Klimaschutz bekannt und unser Föderalismus hat bewiesen, dass er handlungsfähig ist. Die NRW-Koalition bedankt sich bei Ministerpräsident Armin Laschet und der Landesregierung für die erfolgreichen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss.

„Zeit zu handeln“ war das Motto des Klimagipfels von Madrid. Das Motto war richtig, das Ergebnis zu dürftig. „Zeit zu handeln“ galt und gilt auch für uns in Nordrhein-Westfalen. Unser Bundesland hat seine eigenen Klimaziele 2020 bereits jetzt erreicht. Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben. Deutschland kann alleine im globalen Maßstab nur relativ wenig bewirken. Wir in Deutschland können aber Vorreiter von Veränderungen sein. Es ist Zeit, Verantwortung zu übernehmen. Wir in NRW verstehen uns als Treuhänder für die kommende Generation. In Verantwortung für unsere Kinder und Enkel.

## **NRW-Koalition schafft verpflichtende Dichtheitsprüfung weitgehend ab**

Die umstrittene Dichtheitsprüfung für private Abwasserleitungen in Nordrhein-Westfalen wird wieder weitgehend abgeschafft. Ein entsprechender Antrag der NRW-Koalition ist heute im Landtag beschlossen worden.

Uns ist der Schutz des Wassers, des Bodens und der natürlichen Lebensgrundlagen sehr wichtig. Die Bewahrung einer intakten Umwelt ist Kern der CDU. Wir sind zudem überzeugt, dass wir uns von Daten, Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen leiten lassen müssen. Und nicht von Gefühlen, Erwartungen und Stimmungen. Die rotgrüne Regelung aus dem Jahre 2013 entbehrte jeder fachlichen Grundlage und war rein ideologisch motiviert.

Wir räumen daher heute einen Stein aus dem Weg, den Rot-Grün den Bürgerinnen und Bürgern in den Weg gelegt hat. Wir wollen die Regelungen zur Dichtheitsprüfung so ändern, dass private Hausanschlüsse nur noch im Falle von Neubauten, wesentlichen baulichen Veränderungen oder im Verdachtsfall geprüft werden müssen. Dabei kommt immer wieder das Argument zutage, dass die Regelung ja nur in Wasserschutzgebieten gelte, was suggeriert: Wer in Wasserschutzgebieten baut, der muss damit leben, dass es besondere Sicherheitsstandards gibt. Aber die Hälfte der Fläche der Stadt Köln beispielsweise gilt als Wasserschutzgebiet und ein Drittel der Fläche der Stadt Düsseldorf. Die Dichtheitsprüfung kostet ca. 400-500 Euro und sie gilt für Hunderttausende Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Wir schützen das Wasser und den Boden, wir schützen aber auch die Bürgerinnen und Bürger vor unsinnigen Regelungen, die Rot-Grün 2013 eingeführt hat und kehren wieder zu einer vernünftigen Regelung zurück.

## **Wir drehen das Rad weiter – Radinfrastruktur ausbauen**

Die NRW-Koalition investiert massiv in den Ausbau der Radinfrastruktur – etwas, dass die rot-grüne Vorgängerregierung jahrelang nicht gemacht hat.

Nordrhein-Westfalen soll Fahrradland werden – das fördern wir zukünftig mit einem guten Gesetz. Die NRW-Koalition investiert außerdem allein 2019 und 2020 jeweils rund 47 Millionen Euro in den Ausbau von Radwegen.

Jahrelang die Nahmobilität durch Investitionsstau bremsen und dann meckern, wenn es einer besser macht, kann jeder. Deswegen halten wir die Forderungen der Grünen für sinnfrei, denn all das, was sie jahrelang verpasst haben, setzen wir jetzt konsequent um.

Das Land greift Ideen der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ aus gutem Grund auf: Uns ist völlig klar, dass das Fahrrad ein wichtiger Teil unserer Mobilitätsketten und der klimafreundlichen Nahmobilität ist, die die Menschen in unserem Land wollen. Deshalb haben wir mehr Stellen für die Planung von Radinfrastruktur geschaffen und es werden nicht die letzten sein. Wir unterstützen die Kommunen bei der Umsetzung für mehr Radverkehr – finanziell und durch die Stärkung der Institutionen, die sich für das Radfahren engagieren.

Fahrradfahren steht für Freiheit und Flexibilität – für uns steht Fahrradfahren weit oben auf der Liste für die Mobilität der Zukunft.

## **Nachwuchstalentsförderung auf die richtige Bahn gesetzt**

Am Dienstag wurde im Sportausschuss des Landtages von Nordrhein-Westfalen ein Antrag von CDU und FDP verabschiedet, der die 18 Sportschulen in unserem Land weiter entwickelt. Damit erfüllt die NRW-Koalition ein großes Anliegen der Sportschulen.

Mit den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen haben zukünftig alle Nachwuchstalente in Nordrhein-Westfalen die Chance, in eine NRW-Sportklasse zu gehen – unabhängig vom Schuleinzugsbereich. So kann das individuelle sportliche Potenzial von Schülerinnen und Schülern bei der Aufnahme in die Sportschulen stärker berücksichtigt werden. Sporttalente erhalten so die für sie passende Förderung, und die Auswahl von Talenten für den Nachwuchsleistungssport wird optimiert.

Wir sind froh, dass wir mit diesem Antrag die NRW-Sportschulen weiter unterstützen können. Damit lösen wir auch ein weiteres Versprechen unseres Koalitionsvertrages ein. In den vergangenen beiden Haushalten waren bereits jeweils 18 neue Trainerstellen für die NRW-Sportschulen festgelegt. Damit hat die NRW-Koalition bereits zwei große Wünsche der NRW-Sportschulen erfüllt und ebnet weiter den Weg, damit NRW Sportland Nummer 1 bleibt.

## **Bon-Pflicht schießt über das Ziel hinaus**

Beispielhaft für die Unmengen von Müll, die durch eine Bon-Pflicht produziert werden, hat der Düsseldorfer Bäcker Josef Hinkel einen Tag lang alle Kundenbons einer Filiale gesammelt. Das Ergebnis: ein Sack voller Bons, die aufgrund ihrer Beschichtung nicht einmal im Papiermüll entsorgt werden dürfen. Hinkel brachte diese Bon-Flut als Gast der CDU-Landtagsfraktion mit in den Landtag und unterstützt wie viele Unternehmer in NRW den Antrag von CDU und FDP für eine maßvolle Regelung des Zettelirrsinns mit den Kassenbons.

Der gerade von der SPD im Bundestag in den vergangenen Tagen betriebenen Unterstellung, dass jeder Kaufmann, Unternehmer oder Kioskbesitzer pauschal als Steuerhinterzieher gesehen wird, müssen wir uns entschieden entgegenstellen. Ein Generalverdacht trifft jeden ehrbaren Handwerksmeister und Unternehmer. Auch die NRW-

Koalition steht klar hinter dem neuen Kassengesetz, denn auch wir möchten, dass jeder Cent und Euro in eine registrierte Kasse wandert. Diese Verordnung beschert den Verbrauchern aber etwas, was sie nicht wollen: Einen Kassensbon für jeden Einkauf - von der Kugel Eis über das Kaugummi oder die Zeitung am Kiosk oder eben das Brötchen beim Bäcker.

Man schätzt, dass zwei Millionen Kilometer neue Zettelwirtschaft entstehen. Eine Belegausgabepflicht mit Maß und Mitte hilft folglich den Kunden, dem Mittelstand und dem Umweltschutz. Schon bei der Beschlussfassung des Kassengesetzes 2016 wurde eine Befreiungsmöglichkeit von der Belegausgabepflicht in den Gesetzestext aufgenommen. In Baden-Württemberg und in Bayern geht man mit gutem Beispiel voran. Dort wurden kürzlich die ersten Befreiungen vom Finanzamt von der Belegausgabepflicht erwirkt.

Deshalb fordern wir als CDU-Fraktion, dass die Landesregierung sich für eine verkäufer- und umweltfreundliche Belegausgabepflicht einsetzt und prüft, ob die Einführung eines Freibetrages pro Bon möglich ist - und dies ohne großen Bürokratieaufwand!

### Aus der Landesregierung

#### **Aufsteigerland ohne neue Schulden**

Am Mittwochnachmittag (18. Dezember 2019) hat der Landtag den Haushaltsplan für das kommende Jahr verabschiedet. Nachdem bereits mit dem ersten Gestaltungshaushalt 2018 die Haushaltswende geschafft worden ist, bleibt es auch für 2020 dabei: Bei einem Gesamtvolumen von 80,2 Milliarden Euro kommt der Landeshaushalt ohne neue Schulden aus. Darüber hinaus sieht der Etat umfangreiche Investitionen in Höhe von insgesamt 8,1 Milliarden Euro vor.

#### **Eckdaten des Haushalts 2020**

	Haushalt 2020	Haushalt 2019
	in Mrd. EUR	in Mrd. EUR
<b>Haushaltsvolumen</b>	<b>80,2</b>	<b>77,9</b>
<b>Steuereinnahmen</b>	<b>65,1</b>	<b>61,5</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>28,8</b>	<b>27,8</b>
<b>Personalausgabenquote</b>	<b>36,0 v. H.</b>	<b>35,8 v. H.</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>8,1</b>	<b>7,9</b>
<b>Haushaltsüberschuss</b>	<b>0,0</b>	<b>0,031</b>

„Wir nehmen mit diesem Haushalt maßgebliche Aufstiegsinvestitionen mit der notwendigen Fokussierung vor, ohne dabei neue Schulden zu machen und das trotz Ausfällen bei der Einnahmeerwartung und gedämpfter konjunktureller Aussichten für Deutschland“, erklärte Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen. „Mit der konsequenten Fortführung unseres Kurses von Maß und Mitte setzen wir in diesen Zeiten die richtigen Impulse für Nordrhein-Westfalen. Und auch von dritter Seite erfährt unser Kurs Zustimmung, etwa durch die Ratingagentur Standard & Poor's mit der ersten Heraufstufung auf die Bonitätsstufe „AA“ seit 15 Jahren.“

Die Bereiche Familie, Innere Sicherheit, Bildung und Kultur, Digitalisierung und Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung, Sport und Gesundheit sowie Attraktivität und Effizienz der Landesverwaltung bilden die Schwerpunkte des Etats 2020.

Für eine erhebliche Qualitätssteigerung bei der Kinderbetreuung erhöht die Landesregierung unter anderem das entsprechende Budget um rund 662 Millionen Euro. Hinzu kommen zusätzliche Landesmittel in Höhe von 115 Millionen Euro, um weitere Betreuungskapazitäten im Zuge der Platzausbaugarantie zu schaffen.

Zur Bekämpfung von Cybercrime werden im Bereich der Inneren Sicherheit 143 Spezialisten eingestellt und die digitalen Ermittlungsmöglichkeiten durch die Bereitstellung von 63 Millionen Euro verbessert. Zudem werden bei der Polizei 500 zusätzliche Stellen im polizeilichen Verwaltungsdienst geschaffen. Neben dieser Maßnahme zur Entlastung des Streifendienstes werden 640 Planstellen zur Übernahme von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärttern eingerichtet. Allein im Jahr 2020 werden zudem über 1.200 Stellen im Schulbereich geschaffen.

Im Kulturbereich werden die Haushaltsmittel um 128 Millionen Euro erhöht, insbesondere für Kofinanzierungen für das OWL-Forum als kulturelles Veranstaltungszentrum in Herford, das Deutsche Fotoinstitut zur Bewahrung des nationalen fotografischen Kulturerbes in Düsseldorf sowie das Haus der Einwanderungsgesellschaft in Köln.

Für die Digitalisierung der Verwaltung sind im Haushalt 2020 insgesamt 182 Millionen Euro vorgesehen. Zusätzliche 20 Millionen Euro fließen in den Ausbau und die Modernisierung des Straßenverkehrsnetzes von Land und Kommunen. In diesem Zusammenhang erhält der Landesbetrieb Straßen NRW 53 neue Stellen. Insgesamt 50 Millionen Euro stehen im Jahr 2020 für die „Forschungsfertigung Batteriezelle“ in Münster bereit.

Im Bereich Sport und Gesundheit erhält das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2020“ einen zusätzlichen Betrag von 50 Millionen Euro. Investitionen in Höhe von 39 Millionen Euro werden zur Verbesserung der Strukturen der Krankenhausversorgung im Land getätigt.

Zur Steigerung von Attraktivität und Effizienz der Landesverwaltung werden im Jahr 2020 zusätzlich rund eine Milliarde Euro bereitgestellt und in den Bezirksregierungen 233 neue Personalstellen geschaffen.

Zugleich ist es den Landesressorts zum wiederholten Male gelungen, im laufenden Etat weitere Einsparungen vorzunehmen. Durch diese Konsolidierungen werden im Jahr 2020 insgesamt 200 Millionen Euro weniger verausgabt als noch im Jahr 2019.

## **Ministerpräsident Armin Laschet und Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen eröffnen mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters das Beethoven-Jubiläumsjahr 2020**

Ministerpräsident Armin Laschet wird am Montagabend, 16. Dezember 2019, gemeinsam mit Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen und Kulturstaatsministerin Monika Grütters das deutschlandweite Beethoven-Jubiläumsjahr 2020 mit einem Festakt im Opernhaus Bonn eröffnen. Im Dezember 2020 würde der Jahrhundert-Komponist und gebürtige Bonner Ludwig van Beethoven seinen 250. Geburtstag feiern. Unter dem Motto „Beethoven neu entdecken“ wird es ein Jahr lang Konzerte und Veranstaltungen in ganz Deutschland geben. Der Bund engagiert sich im Beethoven-Jahr mit insgesamt



27 Millionen Euro. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert das Jubiläum mit zehn Millionen Euro. Die Stadt Bonn trägt fünf Millionen Euro und der Rhein-Sieg-Kreis 1,5 Millionen Euro bei.

Mit dem Beethoven-Jubiläumsjahr folgt auf das Offenbachjahr 2019 anlässlich des 200. Geburtstags des Kölner Komponisten Jacques Offenbach der nächste kulturelle Höhepunkt in Nordrhein-Westfalen. Stellvertretend für die Geburtsstädte Köln und Bonn der beiden Jahrhundert-Musiker werden die Oberbürgermeister Henriette Reker und Ashok Sridharan am Abend den Staffelstab symbolisch weiterreichen.

Ministerpräsident Armin Laschet: „Jacques Offenbach und Ludwig van Beethoven sind Botschafter des Musik- und Kulturlands Nordrhein-Westfalen. Deshalb stehen 200 Jahre Offenbach und 250 Jahre Beethoven stellvertretend für die künstlerische Vielfalt, die ein weltoffenes und internationales Nordrhein-Westfalen im Herzen Europas auszeichnet. Beide eint nicht nur ihre musikalische Schaffenskraft, sondern auch ihre rheinischen Wurzeln. Der Rhein ist deshalb der ideale Ort für die Staffelübergabe als fließender Übergang der Feierlichkeiten vom Offenbach-Jahr 2019 zum Beethoven-Jubiläum 2020.“

Der Ministerpräsident weiter: „Beethoven war Humanist und Weltbürger. Er verkörpert damit die DNA Nordrhein-Westfalens. Mit dem Jubiläumsjahr wollen wir dem Jahrhunderttalent Beethoven ein Forum geben und gleichzeitig auch den Kulturstandort Nordrhein-Westfalen in seiner ganzen Fülle hervorheben. Dafür gibt es im Jubiläumsjahr keinen besseren Ort als seine Geburtsstadt Bonn, die heute für genau das steht, was Beethoven schon damals bewegt hat: Weltoffenheit, Humanismus, Visionäres.“

Kultur- und Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen: „Die Feierlichkeiten rund um das Beethoven-Jubiläum halten eine vielstimmige und facettenreiche Auseinandersetzung mit einem der bedeutendsten Künstler des Landes bereit. Getreu dem Motto ‚Beethoven neu entdecken‘ wird es im kommenden Jahr zahlreiche Gelegenheiten geben, der Persönlichkeit Beethovens, seinem Wirken und seiner weltweit rezipierten Musik auf unterschiedliche Weise zu begegnen – ob im kleinen Rahmen bei Hauskonzerten oder in groß angelegten Ausstellungen, ob in Form von Gastspielen internationaler Größen, oder in unerwarteten, zeitgenössischen Interpretationen Freier Künstlerinnen und Künstler. Das umfassende Programm zeichnet ein lebendiges Bild des musikalischen Genies Beethoven und unterstreicht die Bedeutung Nordrhein-Westfalens als Ort der Kunst.“

### **Programm: Neugestaltung Beethoven-Haus und Eröffnungskonzert**

Zum Start des Jubiläumsjahres wird das erweiterte Beethoven-Haus Bonn mit einer Feierstunde wiedereröffnet. Das neugestaltete Museum zählt zu den herausragenden Projekten des Jubiläumsjahres und stärkt das Haus als internationale Stätte der Beethoven-Forschung.

Das Eröffnungskonzert spielt am 16. Dezember 2019 das Beethoven Orchester Bonn unter der Leitung von Bonns Generalmusikdirektor Dirk Kaftan. Den Abend gestalten zudem der Tschechische Philharmonische Chor Brno, die Sopranistin Ilse Eerens und die Pianistin Olivia Trummer. Schauspieler und Autor Matthias Brandt wird darüber hinaus eine Beethoven-Collage von Paul Griffith durch eigene Texte kommentieren.

Auf [www.WDR.de](http://www.WDR.de) steht ab 20.05 Uhr ein Video-Livestream des Eröffnungskonzertes zur Verfügung.

### **Hintergrund: Beethoven-Jubiläum 2020**

Der 250. Geburtstag Beethovens wird in ganz Deutschland und darüber hinaus gefeiert. Allein in der Beethoven-Stadt Bonn fördern der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen, der Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Bonn mehr als 300 Projekte mit über 1.000 Konzerten und Veranstaltungen. Zu den Höhepunkten zählen ein Konzert des London Symphony Orchestra unter der Leitung von Sir Simon Rattle mit der Solistin Lisa Batiashvili (22. Februar 2020) sowie die Uraufführung der Auftragskomposition „The Nine“ des chinesischen Komponisten Tan Dun durch das Bundesjugendorchester (8. August 2020). Das Abschlusskonzert des Beethoven-Jubiläums wird schließlich Daniel Barenboim (17. Dezember 2020) dirigieren. Auf dem Programm steht die 9. Sinfonie, es spielt das West-Eastern-Divian-Orchestra.

### **Kreativwirtschaft in Nordrhein-Westfalen auf Wachstumskurs**

Der Wachstumstrend in der nordrhein-westfälischen Kreativwirtschaft hat sich auch in den Jahren 2015 bis 2018 fortgesetzt. Das geht aus einer Untersuchung der Prognos AG im Auftrag des Wirtschaftsministeriums hervor. Die Selbstständigen und Unternehmen der Kreativwirtschaft erwirtschafteten demnach einen jährlichen Umsatz von rund 39 Milliarden Euro. Die Umsätze stiegen damit jährlich im Schnitt um 2,2 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen ist durchschnittlich um 1,3 Prozent gestiegen.

Minister Pinkwart: „Die Kreativwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist eine leistungsstarke Branche mit Zukunft und sie ist wichtiger Player bei der digitalen Transformation. Durch ihre Entwicklung liefert sie wichtige Impulse für Innovationen in anderen Wirtschaftsbereichen. Die rund 53.000 Unternehmen und Selbstständigen in Nordrhein-Westfalen bieten attraktive und smarte Arbeitsplätze – ein Plus für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.“

### **Weitere Ergebnisse der Untersuchung:**

- In der nordrhein-westfälischen Kreativwirtschaft arbeiten knapp 300.000 Erwerbstätige, mehr als die Hälfte davon sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist um 3 Prozent gesunken.
- Mit einem Umsatz von rund 39 Milliarden Euro erwirtschaften die Akteure der nordrhein-westfälischen Kultur- und Kreativwirtschaft knapp ein Viertel des bundesweiten Umsatzvolumens. Der Umsatz je Unternehmen liegt mit 742.100 Euro deutlich über dem Bundesniveau (654.300 Euro).
- Mit einer Bruttowertschöpfung von rund 20,5 Milliarden Euro tragen die nordrhein-westfälischen Kultur- und Kreativunternehmen mit einem Anteil von 22,7 Prozent zur Wertschöpfung der bundesweiten Kultur- und Kreativwirtschaft bei.
- Neben einem überdurchschnittlich hohen Bildungsniveau weist die Kultur- und Kreativwirtschaft einen hohen Beschäftigungsanteil von Frauen auf. In neun von elf Teilmärkten liegt der Frauenanteil über dem Durchschnitt der nordrhein-westfälischen Gesamtwirtschaft.

Die Kreativwirtschaft besteht aus elf Teilbranchen: Kunstmarkt, Rundfunkwirtschaft, Musikwirtschaft, Buchmarkt, Markt für darstellende Künste, Filmwirtschaft, Architekturmarkt, Pressemarkt, Designwirtschaft, Werbemarkt, Software/Games-Industrie. In Nordrhein-Westfalen sind Werbung, Design, Presse und Buch die umsatzstärksten Teilmärkte.

Zahlen und Fakten zur nordrhein-westfälischen Kreativwirtschaft finden Sie in der neuen, vom Kompetenzzentrum für die Kreativwirtschaft CREATIVE.NRW herausgegebenen, Publikation „CREATIVE.Report – Kreative, Netzwerke und Diskurs“.

## **Das fünfte Entfesselungspaket erleichtert den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen**

Mit dem am Dienstag, 17. Dezember 2019, vom Kabinett beschlossenen fünften Entfesselungspaket hat die Landesregierung insgesamt 17 Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren beim Ausbau der Erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht.

Wirtschafts- und Energieminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: „Wir brauchen mehr Ehrgeiz, Tempo und Entschlossenheit beim Ausbau der Erneuerbaren, wenn wir in überschaubarer Zeit keine fossilen Energien mehr einsetzen wollen. Die beschleunigte Energiewende kann daher nur gelingen, wenn wir alle Ausbau-, Vereinfachungs- und Beschleunigungspotenziale überprüfen und heben. Die heute beschlossenen innovativen Maßnahmen im fünften Entfesselungspaket sind dafür eine gute Grundlage. Denn nur durch Nutzung und Anwendung nachhaltiger Energiequellen in ihrer ganzen Vielfalt können wir die Klimaziele erreichen.“

Bis 2030 soll auf Basis der Energieversorgungsstrategie der Landesregierung die installierte Leistung von Windkraft (auf 10,5 Gigawatt) und Photovoltaik (auf 11,5 Gigawatt) verdoppelt werden. Bis 2050 soll die Energieversorgung vorrangig über Wind, Photovoltaik (PV), Gaskraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung, Geothermie und grünen Wasserstoff gesichert werden.

Die Vorhaben des fünften Entfesselungspakets im Einzelnen:

### **Maßnahmenpaket zum Ausbau von Photovoltaik-Anlagen:**

- Zentrales Vorhaben ist die konsequente Nutzung der Randstreifen von Autobahnen und überregionalen Schienenverbindungen. Fachleute sehen hier ein Potenzial von bisher ungenutzten 12.300 Hektar. Für die Landwirtschaft können sich erhebliche wirtschaftliche Vorteile ergeben: Die EnergieAgentur.NRW geht von Pachteinnahmen zwischen 2.500 bis 4.000 Euro pro Hektar und Jahr aus. Betreiben die Landwirte die Anlagen selbst, liegen die Erträge zwischen 7.000 und 15.000 Euro pro Hektar und Jahr. Wirtschafts- und Verkehrsministerium werden für diese Flächen ein Entwicklungs- und Vermarktungskonzept vorlegen.
- Außerdem soll die Nutzung von Sonnenenergie in Gewerbe- und Industriegebieten durch Anreize bei der Regionalen Wirtschaftsförderung mit einem Bonus-System gefördert werden. Auch PV an und auf Gewerbe- und Industriebauten, auf ruhenden Gewässern (sogenannten Floating-PV für die Rest-Seen der Tagebaue im Rheinischen Revier) und denkmalgeschützten Gebäuden sollen zusätzliche Potenziale erschließen.



- Landesliegenschaften: Aktuell werden vom Landesfinanzministerium Wege zum Ausbau der Photovoltaik an und auf den Gebäuden und Liegenschaften des Landes geprüft.
- Die Landesregierung unterstützt zudem die Streichung des sogenannten 52-GW-Deckels durch die Bundesregierung, der die Errichtung kleiner und mittlerer PV-Anlagen erheblich behindert.
- Außerdem soll ein internationaler Wettbewerb für Landschaftsarchitekten, Planer und Künstler Vorschläge zur attraktiven Gestaltung von Flächen-PV-Anlagen erarbeiten, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

#### **Windenergieanlagen (WEA):**

- Für einen effizienteren und beschleunigten Ausbau der Windenergie hat die Landesregierung sechs Maßnahmen beschlossen. So soll durch eine Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes das wirtschaftliche Risiko bei beklagten Investitionsvorhaben minimiert werden. Dazu hat Nordrhein-Westfalen bereits eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht.
- Mit zwei weiteren Initiativen in der Länderkammer werden Verbesserungen bei der technisch-rechtlichen Prüfung im Verhältnis zu Ansprüchen der Deutschen Flugsicherung (Einfluss von WEA auf Drehfunkfeuer) und zu den Tiefflugansprüchen der Bundeswehr vorgeschlagen. Hier geht es um die Berücksichtigung veränderter Anlagenhöhen im Rahmen des Repowerings.
- Schließlich sollen durch die Überarbeitung des Windenergieerlasses und ein Beratungsangebot für Bezirksregierungen und Kommunen rechtssichere Planungsverfahren sichergestellt werden.

#### **Oberflächennahe und Tiefen-Geothermie:**

- Drei unterschiedliche Genehmigungsverfahren werden zu einem digital zusammengeführt und damit erheblich beschleunigt. Ein neues Merkblatt fasst die rechtlichen und technischen Grundlagen für Planer oberflächennaher Anlagen zusammen.
- Für Tiefengeothermie-Vorhaben prüft das Wirtschaftsministerium Instrumente zur besseren wirtschaftlichen Absicherung der Tiefenbohrungen (sogenanntes Fündigkeitsrisiko).

Über die Maßnahmen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien hinaus bekräftigt die Landesregierung, dass die für das Rheinische Revier mit dem Entfesselungspaket IV beschlossenen Planungsgrundsätze und -vereinfachungen auch für die strukturschwachen Standorte von Steinkohlekraftwerken anwendbar sind.

### **Straßen.NRW rüstet sich für die Zukunft: Minister Scheuer und Wüst legen Grundstein für Neubau der Verkehrszentrale**

Die Zahl der Pendler wächst, der Güterverkehr auf der Straße nimmt zu – Verkehrslenkung wird angesichts dieser Anforderungen an eine überlastete Straßeninfrastruktur immer wichtiger. Mit dem Neubau der Verkehrszentrale in Leverkusen werden nun die

Voraussetzungen geschaffen, auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu Stauvermeidung und Verkehrssicherheit zu leisten.

Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, sein nordrhein-westfälischer Kollege Hendrik Wüst und Straßen.NRW-Direktorin Elfriede Sauerwein-Braksiek haben am Montag (16. Dezember) den Grundstein für die neue Verkehrszentrale in Leverkusen gelegt.

„Die Zahl der Pkw und Lkw auf unseren Autobahnen wächst – und damit auch die Herausforderung, den Verkehr sicher und effizient zu leiten. Die Digitalisierung eröffnet enormes Potenzial: Hier in Nordrhein-Westfalen gibt es z.B. schon jetzt an rund 540 Autobahnkilometern Streckenbeeinflussungsanlagen, die Geschwindigkeiten und Fahrstreifenfreigaben dynamisch steuern. Mit dem Neubau der Verkehrszentrale in Leverkusen schaffen wir die Grundlage, zukünftig alle Streckenbeeinflussungsanlagen und Verkehrsleitsysteme zentral steuern und überwachen zu können. Das ist ein Meilenstein für ein neues, intelligentes Verkehrsmanagement und stärkt den Standort Nordrhein-Westfalen“, sagte Bundesminister Scheuer bei der Grundsteinlegung.

Zusätzlich zum Bedarf für die technischen Arbeitsplätze steigt auch der Raumbedarf der Baustellenkoordinatorinnen und -koordinatoren in der Leitzentrale. „Hier nutzen wir die Chancen der Digitalisierung. Verkehrslenkung und Baustellenkoordination gehören zusammen. In der Leitzentrale in Leverkusen laufen alle Informationen zu planbaren Baustellen zusammen. Mit dem Neubau schaffen wir die Grundlage für bessere Arbeitsbedingungen“, sagte Nordrhein-Westfalens Verkehrsminister Wüst.

Die neue Verkehrszentrale wird wie der Vorgängerbau so weit möglich aus Fertigbauteilen erstellt. Dies verkürzt die Bauzeit erheblich. Eine große Verbesserung für die neuen Arbeitsplätze sieht Straßen.NRW-Direktorin Elfriede Sauerwein-Braksiek durch den Neubau: „Bislang arbeiten die Straßen.NRW-Operatorinnen und Operatoren im Drei-Schicht-Betrieb rund um die Uhr unter Kunstlicht. Künftig werden auch die Mitarbeiter in der Schaltzentrale auf Tageslicht nicht mehr verzichten müssen.“ Eine vorgelegerte Textilfassade sorgt dabei dafür, dass die Bildschirmarbeitsplätze auch bei Sonnenschein blendfrei bleiben. Gleichzeitig verhindert der Sonnenschutz, dass sich der klimatisierte Kontrollraum durch Sonneneinstrahlung stärker aufheizt. „Das ist ein positiver Beitrag zur Energieeffizienz des Gebäudes“, so Sauerwein-Braksiek.

## **Hintergrund**

Alle relevanten Datenströme aus den 2.200 Kilometern Autobahn in Nordrhein-Westfalen laufen an den fünf Arbeitsplätzen im Kontrollraum der bestehenden Verkehrszentrale zusammen.

- Auf 540 Kilometern Autobahn sind Anlagen zur Streckenbeeinflussung (SBA) installiert. Bei Verkehrsstörungen werden die Verkehrsteilnehmer auf so genannten dWista-Tafeln informiert und auf mögliche Umleitungen hingewiesen. 116 dynamische Wegweiser mit integrierter Stauinformation (dWiSta) stehen bereits an den Autobahnen in Nordrhein-Westfalen, 53 weitere werden in den nächsten Jahren installiert.
- An hoch belasteten Strecken lässt sich durch den Einsatz von Zuflussregelungsanlagen steuern, wie viele Autos auf die Autobahn auffahren. Fädeln sich

die Fahrzeuge – geregelt durch eine Ampel an der Auffahrt – einzeln in den Verkehr ein, sorgt das für einen stetigeren Verkehrsfluss auf der Autobahn. In Nordrhein-Westfalen sind 98 dieser Anlagen im Einsatz.

- Mit der temporären Seitenstreifenfreigabe steht der Straßen.NRW-Verkehrszentrale ein weiteres Instrument zur Verkehrslenkung zur Verfügung. Auf der A4 östlich von Köln, der A57 nördlich von Köln und der A45 bei Hagen sowie auf der A3 zwischen Hilden und Mettmann kann ein zusätzlicher Fahrstreifen frei geschaltet werden.
- Wie schnell je nach Verkehrslage am besten gefahren wird, um den Verkehr sicher und zügig fließen zu lassen, auch das wird für einige Strecken in der Verkehrszentrale entschieden. Je nach Verkehrssituation geben Streckenbeeinflussungsanlagen die zulässigen Geschwindigkeiten an und warnen vor Staus, Gefahrensituationen, schlechtem Wetter und Baustellen.
- Sämtliche Informationen werden den Verkehrsteilnehmern schließlich gebündelt auf dem Portal [www.verkehr.nrw](http://www.verkehr.nrw) zur Verfügung gestellt. Hier finden Autofahrer die aktuelle Verkehrslage, Baustelleninformationen und aktuelle Warnmeldungen der Polizei. Über 200 Webkameras vermitteln einen Einblick in die aktuelle Verkehrslage. Das Portal bietet die Möglichkeit, sich alle Details über eine gewählte Reisstrecke anzeigen zu lassen.

## Verkehrslenkung seit 1992

Bereits seit 1992 existiert am Standort der Autobahnmeisterei Leverkusen eine Verkehrsrechnerzentrale (VRZ). Von dort wurde zunächst nur für das Rheinland mit den ersten Strecken- und Knotenbeeinflussungsanlagen der Verkehr auf den Autobahnen informationstechnisch betrieben. Zu dieser Zeit wurden die Anlagen noch aus zwei regionalen Verkehrsleitzentralen in Köln und Arnsberg gesteuert. Mit Gründung der integrierten Verkehrszentrale NRW (VZ) im Jahr 2013 wurden sämtliche Aufgaben des Verkehrsmanagements auf den Autobahnen in Nordrhein-Westfalen unter einem Dach zusammengeführt.

Waren die Verkehrsrechnerzentralen sowie mehrere Mitarbeiter anfangs an verschiedenen Standorten in Nordrhein-Westfalen untergebracht, unter anderem in zwei ehemaligen Wohnhäusern der Meisterei aus den 1930er Jahren, konnten sie ab 2013 in einen Modul-Neubau auf dem Gelände umziehen. Seitdem wurden die Verkehrsbeeinflussungsanlagen sowohl für das Rheinland als auch für Westfalen aus der Verkehrszentrale heraus geplant, unterhalten und betrieben. Zudem erfolgte ein stetiger Ausbau der Aufgaben und Kompetenzen bis hin zur kooperativen Verkehrssteuerung, also dem direkten Austausch von Informationen mit vernetzten Fahrzeugen.

## Ministerin Scharrenbach: Hambacher Forst – Kommunen werden entlastet – RWE übernimmt Aufwendungen der betroffenen Kommunen

Auf Einladung von Ministerin Ina Scharrenbach kamen am heutigen Dienstag, 17. Dezember 2019, die Bürgermeister der Kolpingstadt Kerpen und der Gemeinde Merze-

nich, der Landrat des Kreises Düren und der Kreisdirektor des Rhein-Erft-Kreises sowie Vertreter von RWE im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung zusammen. Thema der Erörterung war die verbindliche Klärung der Kostenübernahme für die Räumung des Hambacher Forstes im Jahr 2018.

Ministerin Ina Scharrenbach: „Die Entscheidung ist gefallen: RWE hat sich bereit erklärt, die Kosten für den Einsatz im Hambacher Forst im Jahr 2018 gegenüber den betroffenen Kommunen zu übernehmen. Ich danke allen Beteiligten für die zielorientierte Lösungsfindung.“

Bürgermeister Georg Gelhausen (Gemeinde Merzenich), Bürgermeister Dieter Spürck (Stadt Kerpen), Landrat Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren) und Kreisdirektor Michael Vogel (Rhein-Erft-Kreis): „Wir sind froh, dass wir eine Einigung erzielt haben und treten jetzt in bilaterale Gespräche mit dem Eigentümer RWE ein. Wir danken Ministerin Ina Scharrenbach für ihren persönlichen Einsatz bei der Vermittlung.“

Dr. Lars Kulik, Vorstandsmitglied RWE für das Ressort Braunkohle: „Da die Kosten des Einsatzes bisher nicht von den eigentlichen Verursachern – den Besetzern und Störern – bezahlt wurden, besprechen wir nun mit den betroffenen Kommunen und Kreise weitere Einzelheiten. Wir stehen zu unserer Zusage, dass finanzielle Zusatzbelastungen für die Gebietskörperschaften vermieden werden sollen.“

Im Ergebnis kommt RWE damit seiner im Vorfeld der Räumung gegenüber den Kommunen erklärten Kostenübernahme nach und ist bereit, die Kosten für die überplanmäßigen Aufwendungen zu übernehmen. Damit erstattet RWE insbesondere Aufwendungen, die den Kommunen auf RWE gehörenden Flächen für unter anderem Feuerwehr- und Rettungsdienstesätze in außergewöhnlicher Höhe entstanden sind.

## **Strukturwandel im Rheinische Revier mit der Land- und Ernährungswirtschaft als Triebfeder**

Für die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist ein erfolgreicher Strukturwandel des Rheinischen Reviers im Zuge des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung eine zentrale Aufgabe. „Die regionale Land- und Ernährungswirtschaft kann und wird hier als wichtige Triebfeder eine aktive Rolle einnehmen. Brot statt Braunkohle – durch die Erzeugung von Nahrungsmitteln, aber auch als Lieferant nachwachsender Rohstoffe wird eine moderne Agrarpolitik in der Region den bevorstehenden Veränderungsprozess aktiv mitgestalten“, sagte Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser in Jülich. Gemeinsam mit dem Forschungszentrum Jülich und der Zukunftsagentur Rheinisches Revier hatte das Umweltministerium zur Veranstaltung „Neues Rheinisches Revier - Strukturwandel mit moderner Land- und Ernährungswirtschaft“ eingeladen.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde ein neues regionales Branchennetzwerk gegründet, das die gemeinsamen Aktivitäten im Rheinischen Revier begleiten, koordinieren und als Forum für den Austausch dienen soll. Die „Plattform für Lebensmittel, Agrarwirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit (PLAIN)“ soll die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse formulieren und gemeinsame übergreifende Themen und Ziele definieren und dann auch umsetzen.

„Ich sehe gute Chancen, dass diese neue Plattform ein wichtiger Gestalter des Rheinischen Reviers hin zu einer nachhaltigen Modellregion wird – mit vielen neuen, qualifizierten Arbeitsplätzen in Industrie, Handwerk und Gewerbe. Die bereits vorhandene sehr gute Hochschul- und Forschungslandschaft, die gut entwickelte Industrie und Dienstleistungsszene, gute Böden und nicht zuletzt eine gut ausgebildete Bevölkerung sprechen dafür“, sagte Ministerin Heinen-Esser.

Der entscheidende Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation sind Innovationen. Die Bioökonomie ist dabei ein wichtiger Zukunftszweig. Sie bildet die Grundlage einer Wirtschaftsform, die in Kreisläufen organisiert ist. Anstelle von Ressourcenausbeutung rücken Lösungen in den Mittelpunkt, die zur Mehrfachnutzung nachwachsender Rohstoffe beitragen.

Ministerin Heinen-Esser sieht großes Potenzial in der Bioökonomie: „Mit Hilfe der Land- und Ernährungswirtschaft und entsprechenden Zukunftstechnologien können wir Lösungen entwickeln, wie eine Wirtschaft jenseits fossiler Rohstoffe organisiert werden kann. So kann das Rheinische Revier zu einem Modell für andere Strukturwandelregionen werden. Eine dafür wichtige Grundlage seien eingespielte Partnerschaften zwischen Land- und Ernährungswirtschaft, Forschung und weiterverarbeiten der Industrie bis hin zu den Verbrauchern.“

Ministerin Heinen-Esser: „Zukünftige Generationen werden uns daran messen, ob wir alte Pfade in Konsum und Produktion verlassen und alternative, nachhaltige Wege eingeschlagen haben – mit Respekt vor den Grenzen natürlicher Ressourcen – und mit Blick auf den ökologischen und sozialen Rahmen.“

## **EU fördert exzellente Pionierforschung: Sieben Auszeichnungen gehen nach Nordrhein-Westfalen**

Sieben exzellente Forschende aus Nordrhein-Westfalen haben sich ein Stipendium des Europäischen Forschungsrats (ERC) gesichert: Ihre Forschungsprojekte werden in den kommenden fünf Jahren jeweils mit bis zu zwei Millionen Euro gefördert. Die nordrhein-westfälische Gewinnerin und die Gewinner der ERC Consolidator Grants arbeiten an Universitäten und Forschungseinrichtungen in Aachen, Bochum, Dortmund, Duisburg und Köln.

Die Stipendien des ERC werden im Rahmen des EU-Programms Horizont 2020 vergeben. Sie gehören zu den renommiertesten Forschungspreisen weltweit. Die Consolidator Grants richten sich an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sieben bis zwölf Jahre nach ihrer Promotion eine vielversprechende wissenschaftliche Erfolgsbilanz und einen exzellenten Vorschlag für grundlagenorientierte Pionierforschung vorweisen können.

Kultur- und Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen sagte: „Die ausgezeichnete Wissenschaftlerin und die Wissenschaftler aus Nordrhein-Westfalen konnten sich im Wettbewerb mit herausragenden Forschenden in Europa durchsetzen. Mit ihrer exzellenten wissenschaftlichen Arbeit leisten sie einen großen Beitrag zum Erfolg des Forschungsstandortes Nordrhein-Westfalen.“

In der Förderrunde 2019 standen für die Consolidator Grants insgesamt 600 Millionen Euro zur Verfügung. 2.453 Forscherinnen und Forscher hatten sich in dieser Vergaberunde um die Förderung beworben; 301 wurden ausgewählt. Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat insgesamt 52 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an



deutschen Einrichtungen ausgezeichnet. Mit sieben Auszeichnungen gehört Nordrhein-Westfalen bundesweit zur Spitzengruppe.

**ERC Consolidator Grants 2019 für Nordrhein-Westfalen:**

Name	Institution	Ort
Prof. Dr. Nikolai Axmacher	Universität Bochum Fakultät für Psychologie	Bochum
Dr. Arnold Boersma	DWI Leibniz-Institut für Interaktive Materialien	Aachen
Prof. Dr. Jian-Jia Chen	Technische Universität Dortmund, Fakultät für Informatik	Dortmund
Prof. Dr. Achim Goerres	Universität Duisburg-Essen Fakultät für Gesellschaftswissenschaften	Duisburg
Prof. Dr. Twan Lammers	RWTH Aachen Lehrstuhl für Experimentelle Molekulare Bildgebung	Aachen
Dr. Ivan Matic	Max-Planck-Institut für Biologie des Alterns	Köln
Prof. Dr. Franziska Schoenebeck	RWTH Aachen Institut für Organische Chemie	Aachen

**Erfolgreiche Bund-Länder-Kooperation geht in die zweite Runde: Nordrhein-Westfalen, Bremen und Bund treiben die Digitalisierung der öffentlichen Beschaffung voran**

Damit sich Unternehmen schnell und unbürokratisch an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen können, arbeitet das Land Nordrhein-Westfalen zusammen mit dem Bund und anderen Partner an digitalen Standards. Das „Kooperationsprojekt zur standardbasierten Digitalisierung des öffentlichen Einkaufs- und Beschaffungsprozesses“ ist eine Initiative zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Partner sind die Freie Hansestadt Bremen, das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium, der Freistaat Sachsen, die Koordinierungsstelle für IT-Standards und das Bundesinnenministerium.

Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: „Bewirbt sich ein Unternehmen auf eine öffentliche Ausschreibung, muss es egal sein, in welcher Region es seinen Sitz hat und wo es sich bewirbt: Der gesamte Prozess muss bundesweit einheitlich sein. Das macht das öffentliche Vergabewesen für die Wirtschaft attraktiver und effizienter. Wir sind in Nordrhein-Westfalen schon sehr gut mit unseren digitalen Fachverfahren aufgestellt, jetzt gilt es, den Prozess weiter zu vereinfachen und die bürokratischen Hürden zu senken.“

Henning Lühr, Staatsrat für Finanzen in Bremen freut sich, dass jetzt Bund und Länder gemeinsam einen digitalen Beschaffungsprozess aus einem Guss entwickeln: „Digitale Beschaffung von der Ausschreibung über die Auftragsvergabe bis zur Bezahlung – das vereinfacht erheblich das Verfahren für die Auftragnehmer und die öffentliche Verwaltung.“

Aus dem OZG ergibt sich, dass bis August 2022 die digitale Beschaffung von der Bedarfsermittlung bis hin zur Bezahlung im Bund, in den Ländern und in den Kommunen gleichsam nutzbar sein soll.

Im Mittelpunkt dabei stehen das Once-Only-Prinzip und ein standardbasierter Datenaustausch. Dadurch profitiert die Privatwirtschaft von unbürokratischen Zugängen und einem beschleunigten Datenaustausch; die Verwaltung profitiert von Datenklarheit, verlässlichen Bedarfsprognosen und einem medienbrucharmen Gesamtprozess. Im Ergebnis rechnet die öffentliche Verwaltung mit einer steigenden Anzahl an Bietern.

Die Projektergebnisse sollen nicht allein verwaltungsintern erarbeitet und geteilt werden: Wirtschafts- und Interessenverbände sind eingeladen, das Vorhaben durch regelmäßige Beteiligung zu unterstützen.

Das Kooperationsprojekt wurde unter Federführung der Freien Hansestadt Bremen im Rahmen der Umsetzung des OZG ins Leben gerufen. Die Kooperation knüpft an die erfolgreiche Bund-Länder-Kooperation bei der Umsetzung des elektronischen Rechnungseingangs im Standard XRechnung an.

## **Konzept gegen organisierten Missbrauch von Sozialleistungen vorgestellt**

Nordrhein-Westfalen verstärkt seinen Kampf gegen den organisierten Missbrauch von Sozialleistungen. Hierzu hat Minister Herbert Reul ein erstmals in Krefeld erprobtes Konzept vorgestellt, gemeinsam mit dem Direktor des Landeskriminalamtes, Frank Hoever, dem Abteilungsleiter „Organisierte Kriminalität“ im LKA, Thomas Jungbluth, dem Oberbürgermeister von Krefeld, Frank Meyer, dem Krefelder Polizeipräsidenten Rainer Furth und dem Leiter der Familienkasse NRW-West, Sören Haack. „Die Zeiten, in denen skrupellose Kriminelle die Naivität und Gutgläubigkeit des deutschen Sozialstaates ausnutzen konnten, sind endgültig vorbei“, so Reul.

Das Programm ist nach dem Schlag gegen das sogenannte „Hawala-Banking“ der zweite Erfolg der vor einem Jahr im LKA eingerichteten „Task Force NRW“, im Finanzministerium, Justizministerium und Innenministerium gemeinsam Finanzermittlungen durchführen. Es richtet sich gegen eine Tätergruppe, die Familien hauptsächlich aus

Südosteuropa nach Deutschland lockt, für sie Sozialleistungen wie Kindergeld beantragt und sie in mitunter verfallenen Häusern wohnen lässt. Die Sozialleistungen werden von den Tätern ganz oder teilweise einbehalten, die Eltern in illegale Beschäftigung vermittelt, während die Kinder betteln oder stehlen gehen. Kehren die Familien in ihre Heimatländer zurück, werden die Sozialleistungen aber weiterhin gezahlt und von den Tätern kassiert. „Da werden die Träume und die Not der Ärmsten der Armen Europas ausgenutzt. Das ist das Perfide, zutiefst Verachtenswerte an dieser Masche“, so Reul.

„Das Landeskriminalamt hat - gemeinsam mit Sicherheitspartnern – ein Konzept erarbeitet, um Fälle von Sozialleistungsmissbrauch systematisch zu identifizieren und kriminelle Strukturen zu bekämpfen“, so LKA-Direktor Frank Hoever.

„Die Familienkassen in NRW beteiligen sich schon seit längerer Zeit als Partner von betroffenen Kommunen vor Ort bei der Verfolgung des unrechtmäßigen Leistungsbezuges in Nordrhein-Westfalen. Das aktuelle Vorgehen in Krefeld hat gezeigt, dass auf der Grundlage von Erfahrungen aller beteiligter Behörden und der Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt wirkungsvoll gegen organisierte Strukturen beim Leistungsmissbrauch vorgegangen werden kann“, sagte Sören Haack.

„Wir freuen uns, dass wir als erste Kommune in Nordrhein-Westfalen mit den Landesbehörden gemeinsam und zielgerichtet gegen organisierten Sozialmissbrauch vorgegangen sind und damit deutlich machen konnten, dass es für solche Machenschaften in Krefeld keinen Raum gibt. Dies fügt sich auch in die kommunalpolitische Linie der letzten Jahre ein. Wir danken Polizei, Landeskriminalamt und allen beteiligten Behörden für die sehr gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. Wir wünschen uns, dass auf dieser Basis auch zukünftig weitergearbeitet werden kann, um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen“, sagte Oberbürgermeister Frank Meyer.

Kernpunkt des Konzepts ist eine behördenübergreifende Zusammenarbeit. Zunächst werden die Daten verschiedener Ämter mit denen der Familienkasse abgeglichen. Im Verdachtsfall recherchieren die Städte gemeinsam mit Unterstützung der Polizei. In der Folge kommt es zur Einstellung der Zahlung oder zu weiteren Ermittlungen, die mit der Zeit ein kriminelles Netzwerk enttarnen. Beim „Stresstest“ des Programms im Mai in Krefeld entdeckten die Behörden so einen massenhaften Betrug bei der Beziehung des Kindergeldes. Der entstandene Schaden ging alleine hier in die Hunderttausende.

„Mit unserem „Präsenzkonzept Innenstadt“ haben wir schon vor drei Jahren den Grundstein gelegt, problematische gesellschaftliche Entwicklungen zu beleuchten und Verstöße konsequent zu ahnden. Deshalb ist es gerade in Krefeld möglich gewesen, dieses neue Instrument zur Aufklärung des kriminellen Sozialmissbrauchs schnell und effektiv gemeinsam mit der Stadt umzusetzen“, sagte Polizeipräsident Rainer Furth.

„Neben dem finanziellen Schaden, der dem deutschen Steuerzahler entsteht, lösen diese Taten auch Fremdenfeindlichkeit und Hass aus. Die Verhältnisse, in denen diese Menschen hier leben müssen, bringen ganze Stadtteile in Verruf. Und die Bürgerinnen und Bürger empfinden es schlicht als ungerecht, wenn der Sozialstaat, den sie mit ihrer Arbeit bezahlen, von Kriminellen geplündert wird“, so Minister Herbert Reul.

## **Landesregierung stockt Mittel für die Regionalplanung auf**

Das Land stockt die Mittel für die Regionalplanung des Regionalverbands Ruhr (RVR) deutlich auf. Das teilte das Wirtschaftsministerium mit, das die Höhe der Kostenerstat-

tung an den RVR für diese planerische Aufgabe eingehend überprüft hatte. Wirtschafts-Staatssekretär Christoph Dammermann und Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel unterzeichneten am Mittwoch eine Vereinbarung, mit der der RVR sein Planerteam nun vergrößern kann.

Staatssekretär Dammermann: „Gute räumliche Planung braucht entsprechende Manpower. Der Regionalverband Ruhr braucht ein ausreichend großes Planerteam, um den neuen Regionalplan für das Ruhrgebiet zügig erarbeiten zu können. Deshalb stocken wir die Mittel für die staatliche Regionalplanung beim RVR bereits 2020 kräftig auf.“

Die Erarbeitung eines neuen Regionalplans für das Ruhrgebiet ist eine wichtige Aufgabe: Die zukünftigen räumlichen Entwicklungspotenziale für Wohnen und Wirtschaft, schützenswerte Grünzüge, wichtige Infrastruktureinrichtungen wie Häfen und Leitungen und vieles mehr werden in diesem Plan für das Ruhrgebiet für die kommenden Jahre festgelegt.

Dafür kann der RVR nun auf größere Ressourcen zurückgreifen: Auf Basis der Vereinbarung werden drei zusätzliche Planerstellen geschaffen, eine weitere Stelle wird entfristet. Der Regionalverband erhält zudem erstmals jährliche Mittel, um Diskussionsveranstaltungen zu planerisch schwierigen Themen durchführen zu können. Wie notwendig der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern bei der räumlichen Planung ist, zeigt die jüngst vom Regionalverband Ruhr durchgeführte – und bereits vom Land finanzierte – Abgrabungskonferenz.

Die Arbeiten an dem neuen Regionalplan für das Ruhrgebiet hatten sich zuletzt verzögert. Land und RVR haben sich gemeinsam vorgenommen, mit gezielten Änderungen und gleichzeitig beschleunigter Bearbeitung des neuen Planes die dringend benötigten Wirtschafts- und Wohnflächen planerisch zur Verfügung zu stellen. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen, Kammern und den Wirtschaftsförderungen angestrebt. Die neuen Stellen sollen dazu beitragen, die Arbeiten am neuen Plan ohne weiteren Verzug voranzutreiben.

unterstützen. Es soll dazu beitragen, die Vernetzung zu beschleunigen und die Engagementaktivitäten zu befördern. Dabei kann es auch als Blaupause für andere Kommunen im Land dienen.“

Trotz des gelebten Engagements gibt es derzeit noch große ungenutzte Potenziale. Um noch nicht engagierte Menschen zu mobilisieren sowie Vereine und gemeinnützig wirkende Institutionen/Organisationen stärker zu unterstützen, bedarf es eines zeitgemäßen und dynamischen Konzeptes. Mittels der geplanten interaktiven Plattform können sich Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Vereine, Organisationen, BürgerInnen und die Kommunen smart miteinander vernetzen. Angebot und Nachfrage von ehrenamtlicher Unterstützung werden transparent und benutzerfreundlich dargestellt, so dass die vielfältigen Akteure je nach Bedarf schnell das passende Format finden. Der innovative Charakter soll dabei das Ehrenamt stärken und eine Mobilisierung nicht nur für langfristiges, sondern auch für spontanes, anlassbezogenes Engagement ermöglichen.

In die Umsetzung des Förderprojektes wird die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen eng beratend eingebunden. Ziel ist es, eine lizenzfreie Lösung zu entwickeln, die in ganz Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt werden soll.